

Ratssitzung 28. Februar 2022, TOP 12.5: „Haushalt 2022 – Beschluss“, RH Baak

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,
es ist gute Sitte, am Ende einer Haushaltsrede zu danken. Mit dieser Tradition möchte ich heute brechen und die anerkennenden Worte an den Anfang stellen. Im Namen der CDU-Fraktion danke ich Ihnen, Frau Dr. Figura - und selbstverständlich auch ihrem Team - für Ihren ersten Haushalt, den Sie der Politik in Oldenburg vorgelegt haben.

Ihre Bereitschaft, die Grundzüge des Etats 2022 sowie die weitere Finanzplanung in unserer Klausurtagung darzulegen, hat die Sichtweise der CDU-Fraktion nochmal bestärkt: Die Verwaltung hat einen in vielerlei Hinsicht auskömmlichen Entwurf nach den Grundzügen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vorgelegt. Kultur, Soziales, Wirtschaftsförderung und Klimaschutz werden in angemessener Form und finanzpolitischer Verantwortung berücksichtigt. Trotz der aktuellen Überschüsse wird der Blick aber auch auf die nicht ganz so optimistischen Prognosen für die kommenden Jahre gerichtet.

Ein bisschen Wasser muss ich aber doch in den Wein gießen. Bei aller Wertschätzung für diesen soliden Entwurf: Der Personal-Aufwuchs innerhalb der Stadtverwaltung wirft Fragen auf. Allein in den vergangenen fünf Jahren unter Ihrer Regie, Herr Oberbürgermeister, ist die Zahl der Gesamtbeschäftigten in der Kernverwaltung um mehr als 300 Mitarbeiter auf fast 2300 gestiegen. Die in ihrer Größe annähernd vergleichbare Stadt Osnabrück beschäftigt rund 500 Mitarbeiter weniger.

Meine Damen und Herren,

seit Jahren fordert die CDU-Fraktion eine Organisationsuntersuchung, um die Stadtverwaltung auf die aktuellen Herausforderungen von Digitalisierung, Fachkräftemangel und den Generationswechsel in Leitungsfunktionen vorzubereiten. Dabei geht es uns keineswegs um schlichte Stellenstreichungen, sondern um eine Aufgabenkritik mit dem Ziel, unsere moderne, bürgerfreundliche Verwaltung zu erhalten und zu optimieren. Auch in diesem Jahr ist das Personalgutachten wieder Bestandteil unseres Haushaltsentwurfs. Das heißt im Umkehrschluss: Die CDU wird keinem Stellenplan mehr zustimmen, bis es hier eine Mehrheit für eine Organisationsuntersuchung und deren Umsetzung gibt. Bevor man den zweiten Schritt vor dem ersten macht, also immer mehr Personal für alles Mögliche fordert, sollten die offenen Stellen erstmal besetzt werden.

Kommen wir somit vom Entwurf der Verwaltung zum grün-roten Etat, der heute zur Abstimmung steht. Auch hier handelt es sich um eine Premiere – um den ersten Haushalt der neuen Ratsmehrheit. Mit anerkennenden Worten tue ich mich an dieser Stelle jedoch schwer.

Meine Damen und Herren,

((Zitat)) „Der Haushalt ermächtigt uns, Geld auszugeben, aber er verpflichtet uns nicht dazu.“

Diese Worte stammen von Hans Eichel, seinerzeit Finanzminister einer rot-grünen Bundesregierung. Die grün-rote Ratsmehrheit scheint in ihrem ersten gemeinsamen Haushalt eher umgekehrt zu verfahren. Der Haushalt ermächtigt uns, Geld auszugeben, also raus damit, koste es, was es wolle. Das scheint Ihr Motto für dieses Jahr und, was zu befürchten ist, auch für die Zukunft zu sein. Sie, liebe Grüne, sind nun stärkste Fraktion hier im Rat und auch beim Geldausgeben die Nummer eins, wenn man von den Linken einmal absieht.

Ein Fazit lässt sich daher schon jetzt ziehen: Der grün-rote Haushalt kommt die Stadt in den nächsten Jahren teuer zu stehen. Beim ohnehin schon üppigen Stellenplan satteln Sie nochmal satte 16 Posten obendrauf. Die werden uns auch in den Folgejahren eine Menge Geld kosten. Auch in der Kultur und im Sozialbereich lassen Sie sich nicht lumpen. Wir haben ausgerechnet: Von den 4,5 Millionen Euro, die Sie im Ergebnishaushalt insgesamt mehr ausgeben wollen, wird uns gut die Hälfte dauerhaft belasten.

Die Prognosen für die kommenden Jahre, die Finanzdezernentin hat es erläutert, sehen diesen Spielraum allerdings nicht vor. Denn schon 2024 wird der städtische Haushalt laut Vorhersage wieder ins Defizit rutschen. Vor diesem Hintergrund, liebe Frau Conty, hat mich Ihre „So schlimm wird es schon nicht kommen“ Aussage, im Finanzausschuss doch sehr irritiert. Nicht auszudenken, wenn wir bei den Stürmen der letzten Woche so verfahren wären. „Wir rechnen zwar mit einem Orkan, wird aber halb so wild, geht trotzdem in den Wald.“ Diesem Rat wäre hoffentlich keiner gefolgt.

Um im Bild zu bleiben: Die Zeiten des Rückenwinds werden auch finanzpolitisch vermutlich bald vorbei sein. Corona, steigende Zinsen, die Eskalation in Osteuropa sowie die höheren Kosten für den Neubau des Stadtmuseums sind nur einige Stichworte zu Themen, die uns in Oldenburg haushaltstechnisch beschäftigen werden.

Apropos Corona. Im grün-roten Entwurf kommt das Thema so gut wie gar nicht vor. Einerseits verständlich, wenn Sie den Worten des Oberbürgermeisters Glauben geschenkt haben, der im

Wahlkampf noch ein vollmundiges „Corona wird enden“ plakatiert hat. Doch wie wir alle gemerkt haben, verschwindet die Pandemie nicht per Erlass, sondern wird uns – in welcher Form auch immer – noch eine Weile begleiten. Darunter leiden vor allem die Kinder und Jugendlichen besonders. Zwei mehrmonatige Schulschließungen, fehlende soziale Kontakte und ein deutlich verringertes Sport- und Freizeitangebot haben deutliche Spuren hinterlassen.

Die CDU-Fraktion hat sich daher entschlossen, eine Million Euro in diesem Haushalt für einen Coronafonds zur Verfügung zu stellen, um Kinder und Jugendliche in Oldenburg aufzufangen.

Bislang ist – zu Recht – viel Geld in Kultur, Wirtschaft und Sport zur Bekämpfung der Pandemie-Folgen geflossen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sind nun aber auch die Kinder und Jugendlichen an der Reihe. Wir wollen die genannten Mittel für zusätzliche kommunale Projekte bereitstellen, die keine Förderung von Bund oder Land erhalten.

Nicht locker lassen wir auch beim Thema Luftfilter. Viel zu lange ist dieses Thema von der Verwaltung, aber auch von SPD und Grünen, *Entschuldigung Grüne und SPD* - ausgebremst worden. Zunächst bei den Schulen, jetzt – Geschichte wiederholt sich – auch bei den Kitas. Was nützen Lippenbekenntnisse zur Not von Kindern in der Pandemie, wenn wir nicht da handeln, wo wir als Stadt gefordert sind? Daher setzen wir als CDU in unserem Entwurf eine Million Euro für die Anschaffung mobiler Geräte in den Kitas.

Liebe Eltern, liebes Kita-Personal, wenden Sie sich bitte an Grüne und SPD, wenn Sie sich darüber ärgern, dass nach zwei Jahren Pandemie noch immer Luftfilter in den Räumen fehlen.

Das Geld dafür ist aus unserer Sicht deutlich besser angelegt als für grüne Verkehrsromantik. Lassen Sie mich zwei Beispiele Ihres Entwurfs herausgreifen: Der Sinn einer Fahrradstraße vom Fliegerhorst zum Pferdemarkt erschließt sich uns nicht, da die Strecke durch die Sperrung am Babenend inzwischen dauerhaft unterbrochen wurde. Wo liegt zudem der Nutzen einer mit Piktogrammen verzierten Radspur auf der Bloherfelder Straße, wenn parallel ein breiter Radweg zur Verfügung steht, den man nur sanieren müsste?

Es drängt sich also der Verdacht auf, dass Sie weniger **für** die Radfahrer tun wollen, sondern lieber den Autofahrern das Leben schwermachen. Dafür spricht auch die von Ihnen geplante Erhöhung der Parkgebühren. Sie ziehen denjenigen, die auf das Fahrzeug angewiesen sind, das Geld aus der Tasche, ohne das Alternativ-Angebot zu verbessern, zum Beispiel mit einem durchdachten Park-and-Ride-Konzept, das wir schon seit Jahren fordern.

Meine Damen und Herren,

so ist Verkehrspolitik mit der CDU nicht zu machen. Ihr ideologischer Kampf gegen das Auto verträgt sich aus unserer Sicht nicht mit den Anforderungen an Mobilität in einer modernen Großstadt.

Zum Abschluss möchte ich nochmal auf unseren eigenen Entwurf zu sprechen kommen. Auch wir setzen Mittel in diesem Haushalt, entfernen uns mit etwa 1,3 Millionen Euro aber nicht allzu weit vom Verwaltungsentwurf. Anders als Grün-Rot setzen wir überwiegend auf konkrete Einmalzuwendungen, die unseren Etat nicht über Jahre belasten. Zum Beispiel konzentriert sich die CDU auf ausgewählte Projekte wie „Einfach Kultur“, unterstützt die Machbarkeitsstudie für ein Zentrum für Biodiversität und sieht erhöhten Förderbedarf für den Verein Trostreich.

Selbstverständlich steht die CDU-Fraktion weiterhin zu sämtlichen Coronahilfen für Kultur, Sport, Innenstadt und Stadtteile, um die Pandemiefolgen in Oldenburg über die Bund-Länder-Hilfen hinaus abzufedern.

Herr Oberbürgermeister, Ihre Finanzdezernentin hat einen soliden Haushaltsentwurf vorgelegt, der von der grün-roten Ratsmehrheit mit fast 60 – zum Teil kostspieligen Änderungen – umgekrempelt wurde. Sie hatten offenbar nicht den Einfluss in der SPD-Fraktion, diese für den Verwaltungsentwurf zu gewinnen.

Wir sind gespannt, wie Sie sich gleich bei der Abstimmung verhalten werden.

Wie Sie sich denken können, wird die CDU diesem Haushalt heute nicht zustimmen. Denn die Ratsmehrheit hat sich zum Geld ausgeben verleiten lassen und setzt dabei aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte.

Dabei muss guter **Rat** nicht automatisch teuer sein.

Vielen Dank!